

EXISTENZMINIMUM UND GRUNDBEDÜRFNISSE

Die klassischen Grundbedürfnisse des Menschen Nahrung, Kleidung, Wohnung, ohne die er nicht leben kann, sollen als primäre Grundbedürfnisse bezeichnet werden. Darüber hinaus gibt es sekundäre Grundbedürfnisse, ohne die der Mensch schlecht leben kann – dazu zählt die Bewegung – und tertiäre Grundbedürfnisse, ohne die ein Mensch mit heutiger Lebensauffassung in den meisten Fällen nicht leben möchte – beispielsweise die Erfüllung des Dranges nach Gestaltung.

Die Erfüllung der primären Grundbedürfnisse des Menschen wären durch die Verfassung zu garantieren. Das bedeutet, dass jedem Menschen von Geburt an das Recht auf Grund und Boden gewährt wird (→ QBL 31 Die Bodenfrage), denn mit Eigentum ist Freiheit verbunden (→ QBL 45 Eigentum als Begründung für Freiheit). Wie er diesen Boden bewirtschaftet, bliebe seine Sache. Jedenfalls gewährt ihm dieser – selbst in der Form urbaner Siedlungsformen auf dem Dach – eine gewisse Unabhängigkeit. Die darüber hinausgehenden geringen Aufwendungen müssten durch Umverteilung aufgebracht werden. Es ist immer noch günstiger, Überproduktionen auszugeben, als sie zu vernichten und Hunger zu erzeugen. Analog ist mit der Kleidung zu verfahren.

Die aufzuwendenden Beträge hierfür lägen weit unterhalb der Arbeitslosen-/Sozialhilfe.

Nun zum dritten der primären Grundbedürfnisse. Bei jeder der zahlreichen Umwälzungen, die die Menschen angestellt haben, ist es dabei geblieben, dass sie zwar ideale Werte in Verfassungen festgeschrieben erhielten, von denen jedoch jeder wusste, dass sie unreal sind, die wirkliche materielle Gleichstellung ausblieb.

So wurde – in der amerikanischen Verfassung – den Bürgern Glück, Gleichheit in der französischen Revolution versprochen.

Füllen wir doch einmal all diese leeren Worte mit Substanz. Ohne Gleichmacherei zu verlangen, könnte – bei entsprechender Umverteilung – **jedem Menschen ein Wohn-Existenzminimum garantiert werden.** Die Aufwendungen dafür wären nicht einmal erheblich, wenn man die Garantie auf die absoluten Grundbedürfnisse bezieht. Diejenigen, die an der Ausbeutung des Potentials der Menschen interessiert sind, um „ihr Kapital arbeiten zu lassen“ anstatt selbst zu arbeiten, bräuchten keine Angst zu haben, dass die Menschen sich etwa mit diesem Minimum allgemein begnügen würden. Ihr Interesse richtete sich damit lediglich auf die Zuwachsrate und nicht mehr auf die weitgehende Vermeidung des Zustandekommens, des Beginns ...

Da also Menschen mit Sicherheit so veranlagt sind, aus dem gleichmacherischen Grundmodell alsbald herauszuwachsen, braucht auch eine tödende Eintönigkeit nicht befürchtet zu werden.

Einige der Menschen werden natürlich mit diesem Minimum zufrieden sein. Aber die sind sowieso für die Wirtschaft verloren, seien sie Hand- oder Geistesarbeiter. Arbeitslosengeld und andere Unterstützungen für ei-

nen Bevölkerungskreis, der aus vielerlei vernünftigen und unvernünftigen Gründen nicht zu arbeiten bereit ist, ist immer noch schlechter als die einmalige Anlage für die garantierte Wohn-Existenz.

Die früheren Gedanken für ein garantiertes Wohn-Existenzminimum krankten daran, dass den Menschen, die die Vergünstigung in Anspruch nahmen, nicht genügend zugemutet wurde. Was einem geschenkt wird, schätzt man nicht sehr hoch ein. Deshalb ist von vornherein zu sehen, **dass ein nicht unerheblicher Teil von Selbsthilfe gefordert wird**, außer bei Personen, die aufgrund besonderer Bedingungen, z. B. Krankheit, dazu nicht in der Lage sind. Pflege und Unterhaltung werden durch den Bewohner immer dann ohne kleinliche Nachrechnerei vorgenommen, wenn er sich selbst und sein Gehäuse verwirklichen konnte. Außerdem ist man bereit, bei eigenen Fehlern schneller darüber hinwegzusehen, als über die von anderen gemachten.

Erst auf der Basis des garantierten Existenzminimums bei den primären Grundbedürfnissen ist es den Menschen möglich, mit größerer Unabhängigkeit und Freiheit die weiteren Grundbedürfnisse zu erfüllen.

Es scheint auf den ersten Blick ein ganz ungewöhnlicher Vorschlag, zu verlangen, dass der Staat seinem Bürger Garantien gibt und dies auch noch für Dinge, die einen wirtschaftlichen Wert haben.

Bedenken wir aber einmal die eigentliche Rolle des Staates als Umverteilungsstelle und verhaften wir etwas weniger in immer noch in uns steckender Untertanenmentalität, so ist die Einnahme und Ausgabe des Geldes und alle damit verbundenen Aufgaben die wesentliche Funktion des Staates.

Auch heute schon gewährt er uns garantierte oder einigermaßen garantierte Zuweisungen von Mitteln in Form von Darlehen, Subventionierungen, verlorenen Zuschüssen, sozialer Unterstützung und er gibt für die Ausbildung mancher seiner Bürger gigantische Summen aus, die völlig unrentabel angelegt sind, etwa für diejenigen zum Soldaten.

Wenn nun der Staat eine Umverteilungsstelle ist oder wird und wenn er nach derzeitigem Demokratieverständnis die Summe seiner Bürger repräsentiert, so sind diese aufgerufen, auch in höherem Maße als bisher in die Umverteilung einzugreifen. Dafür gibt es, ohne dass man das politische System bestehender Staaten anzugreifen braucht, mehrere ganz einfache und pragmatisch einzusetzende Möglichkeiten (→ QBL 06 Steuer-Erklärung). Mit dem Vorschlag der Steuer-Deklaration wäre zugleich dem Bürger die Möglichkeit gegeben (und den kommunalen Trägern automatisch die Aufgabe zugewiesen,) sich in mehr Einzelheiten der Staatsausgaben einzuschalten und sich zu bilden. Die Diskussion zwischen Bürgern braucht dann nicht rein emotional und theoretisch und alle 4 Jahre über Parteiprogramme stattzufinden (→ QBL 46 Die Qual der Wahl), sondern kann ein lebendiger, täglicher Prozess sein. Fragen, wie die Subventionie-

nierung pompöser Staatstheater-Aufführungen für Wenige können dann endlich von denen diskutiert und bestimmt werden, die letzten Endes dafür aufzukommen haben.

Die beispielhaft erwähnte Umverteilungsmethode könnte nach und nach dazu führen, dass der Bürger auch Bedürfnisse erkennt, für deren Verwirklichung bisher im Etat keine Mittel angesetzt waren, also Beträge für ein jedem garantiertes Existenzminimum. Von vornherein ist ein kleiner Ansatz für soziale Experimente im Kostenplan aufzunehmen.

So bewirkt die direkte Einflussnahme auf einen Teil der Staatsausgaben die positive Aktivierung der Bürger unter weitgehendem Verzicht auf Zwischenträger, Repräsentanten und Anderen, die man nicht zur Verantwortung ziehen kann, sobald die Wahlurnen am Wahltag geschlossen sind.

Man mag fragen, wie solche Aufwendungen gedeckt werden sollen und wie der Gefahr begegnet werden kann, dass alle nichts mehr tun. Damit ist kaum zu rechnen, denn die weiteren Grundbedürfnisse des Menschen werden die allermeisten dazu bringen, mehr zu tun, um über das Existenzminimum hinauszukommen, ganz abgesehen von den work-o-holics, die ihren Lebenssinn in unablässiger Arbeit finden. Außerdem trägt die laufend erhöhte Produktivität und die Arbeitskräfteeinsparung durch Rationalisierung dazu bei, dass pro Kopf der Bevölkerung ein immer höheres Sozialprodukt erwirtschaftet wird.

Der Vorteil dieses Vorschlags liegt auch darin, dass er auf regionaler oder staatlicher Ebene ohne weiteres unabhängig von anderen Staaten realisiert werden kann.

Nach Erfüllung der sozusagen ersten Stufe der Erfüllung des Existenzminimums können die sekundären Grundbedürfnisse angegangen werden. So wäre etwa der allgemeine Nulltarif für die städtischen Verkehrsbetriebe oder mindestens doch die drastische Reduzierung der Tarife diskussionswürdig. Dabei wären auch Faktoren, wie die einzuschränkende Verzinsung des Kapitals – oft von Tochterbetrieben der Städte, also strenggenommen von uns allen aufgebracht – mit einzubeziehen.

Nach diesem Vorschlag wäre eine alte Forderung aus der amerikanischen/französischen Revolution, die nach Gleichheit in sinnvoller Weise erfüllt: **Die Lebensgrundlage (Existenzminimum) ist für alle gleich, das darüber Hinausgehende bewirkt die Verschiedenheit.** Die Gefahr der neuen Klassensysteme, d. h. massenhafte Abhängigkeit und Armut gegenüber dem Reichtum Weniger wäre sozial nicht so spürbar (→ QBL 47 Ein neues Klassensystem).

Nicht zuletzt besteht durch die Reduzierung der Lebensansprüche (auf der Basis des Existenzminimums) die Möglichkeit für den Menschen, eine zusätzliche selbstbestimmte Tätigkeit anstelle des fremdbestimmten Jobs aufzunehmen oder sich unter Inanspruchnahme der jetzt schon vorhanden Lehrangebote weiterzubilden. Laßt uns die Chance ergreifen:

: ANDERS SEIN + BESSER WERDEN

QUERLIEGENDE TEXTE GELTEN NUR ZUSAMMEN MIT QUERBLATT 1 • EINE 1-MANN-AKTION FÜR KRITISCHE GEISTER, FÜR LEMMINGE UNGEEIGNE
 BEZUG: OT HOFFMANN IM BAUMHAUS, SCHLEIERMACHERSTRASSE 8, 64283 DARMSTADT, TEL: 06151 25980, FAX : 21622, OTHOFFMANN@GMX.DE, WWW.OTHOFFMANN.DE